

(Abg. Walk)

das vielleicht noch mal erläutern: Sechs Polizeivollzugsbeamte für einen durchgängigen Dienstbetrieb, so haben Sie das gesagt.

Götze, Staatssekretär:

Wie viel Polizeivollzugsbeamte dort rund um die Uhr vor Ort sein werden, muss ich noch mal prüfen lassen und würde Ihnen das schriftlich beantworten.

Präsident Carius:

Eine weitere Frage, Herr Walk.

Abgeordneter Walk, CDU:

Abschließend noch eine Zusatzfrage: Die Antwort auf die Frage 3, dass es bei der Räumung der Polizeidienststelle in Bad Lobenstein eine absolute Ausnahmesituation gewesen sei, lässt vermuten, dass weitere Planungen zur Räumung von Polizeidienststellen oder Polizeiliegenschaften nicht bestehen.

Götze, Staatssekretär:

Herr Walk, Sie wissen selbst, wie sich die Situation zum damaligen Zeitpunkt dargestellt hatte. Auch da gab es keine Planung, das Polizeigebäude zu räumen. Es war so, dass wir an dem Wochenende vor einem Wetterumschwung standen, dass Unwetter angekündigt waren und dass nicht mehr alle Flüchtlinge in Thüringen in Gebäuden untergebracht werden konnten. Wir waren einfach aufgefordert, schnell zu handeln.

Zum Zeitpunkt der Entscheidung war es das einzige Gebäude, welches wir zur Verfügung stellen konnten. Dass die Entscheidung richtig war, sehen Sie auch daran – und da möchte ich auf die Anfrage zu Rustenfelde verweisen –, was wir dann tatsächlich für ein Unwettergeschehen an den darauffolgenden Tagen dann in Thüringen hatten.

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Weitere Nachfragen aus den Reihen der Abgeordneten sehe ich nicht. Wir kommen damit zur Anfrage des Herrn Abgeordneten Kobelt von Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 6/1007. Herr Kobelt.

Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, folgende Anfrage zum Thema „Aktueller Stand des Wohnungsabrisses in Thüringen“:

Derzeit herrscht in einigen Thüringer Kommunen verstärkt Wohnungsmangel. Diese Situation wird sich gegebenenfalls in den nächsten Jahren verstärken. Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Abrissanträge für Wohnungen und Wohnhäuser liegen derzeit für das Jahr 2015 vor?
2. Wie viele Fördermittelbescheide mit welcher durchschnittlichen Höhe wurden bis zum 31. August 2015 für den Abriss von Wohnungen und Wohnhäusern in Thüringen positiv beschieden?

(Abg. Kobelt)

3. Wie viele Anträge auf Fördermittel mit welcher durchschnittlichen Höhe liegen für den Abriss von Wohnungen oder Wohnhäusern in Thüringen bis zum 31. Dezember 2015 vor?

4. Wie viele Anträge auf Fördermittel mit welcher durchschnittlichen Höhe liegen für den Abriss von Wohnungen oder Wohnhäusern in Thüringen für das Jahr 2016 vor?

Präsident Carius:

Für die Landesregierung antwortet Frau Ministerin Keller.

Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Abgeordnete Kobelt, ich beantworte die Mündliche Anfrage für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Im Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost – Teilprogramm Rückbau“ wurden für das Jahr 2015 17 Vorhaben aufgenommen. Darüber hinaus lagen weitere neun Anträge für Rückbauvorhaben vor, die keine Berücksichtigung fanden.

Zu Frage 2: Zu den in der Antwort zu Frage 1 benannten und berücksichtigten Vorhaben wurden bis zum 31. August 2015 keine Bewilligungen erteilt.

Zu Frage 3: Insgesamt lagen für das Jahr 2015 im Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost – Teilprogramm Rückbau“ 26 Anträge mit einem Antragsvolumen von 5.568.660 Euro vor. Das entspricht einer durchschnittlichen Antragssumme von 214.179,23 Euro.

Zu Frage 4: Für das Jahr 2016 liegen derzeit noch keine Anträge im Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost – Teilprogramm Rückbau“ vor. Die Antragsfrist hierfür endet am 1. November 2015.

Vizepräsidentin Jung:

Es gibt keine Nachfragen. Damit kommen wir zur Anfrage der Abgeordneten Rothe-Beinlich, Bündnis 90/Die Grünen, in der Drucksache 6/1008.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Rechte und rassistische Übergriffe und Gewalttaten gegenüber Flüchtlingsunterkünften und Asylsuchenden in Thüringen

Immer wieder werden Übergriffe und Gewalttaten gegen Flüchtlingsunterkünfte und Asylsuchende verübt. So wurde beispielsweise am 2. September 2015 in Nordhausen eine Notunterkunft für Asylsuchende mit Steinen beworfen. Örtliche Polizeikräfte nahmen nach Medienberichten noch am selben Abend zwei Männer vorläufig fest. Im Juni 2015 wurden drei indische Studierende in Jena bei einem Überfall teils schwer verletzt, am 1. September 2015 wurde Medienberichten zufolge erneut in Jena ein Inder auf offener Straße angegriffen und der Turban vom Kopf gestoßen. Die Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen (ezra) verzeichnet für das 1. Halbjahr 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einen Anstieg rassistischer Übergriffe und Gewalttaten von 15 Prozent. Insgesamt wurden von ezra im 1. Halbjahr 2015 39